Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 62 (1968)
Heft: 6

Artikel: Das neue Indien
Autor: Rudolph, Lloyd / Rudolph, Susanne
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141445

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der Versucher mit der glatten Zunge und dem dollargespickten Scheckbuch, der den Heimatboden zur Ware abwertet, der den einzelnen begünstigt und in den andern die Missgunst erregt. Wenn doch einst – wird er die Menschen gewappnet finden? E. F.

*

Nachschrift

Der Verfasser dieses Berichts über sein Heimattal hat nur eines zu erwähnen vergessen: dass er selbst, als Lehrer der Talschule, die er zusammen mit seiner ihm gleichgesinnten Gattin jahrzehntelang führte, einen massgebenden Anteil an all den Gemeinschaftswerken hat, von denen er wenigstens andeutungsweise erzählt. Wir möchten darum das Versäumte nachholen und unserem Freund *Ernst Frautschi,* einem treuen Leser der «Neuen Wege», anlässlich seines bevorstehenden achtzigsten Geburtstages (30. Juli), gewiss im Namen aller auswärtigen «Turbächler», für all seine hingebungsvolle Arbeit herzlich danken. Möge ihm noch manches weitere Jahr rüstiger, gesegneter Tätigkeit in seinem schönen Heim droben am mattengrünen Berghang vergönnt sein! H. K.

Das neue Indien

Seit den letztjährigen Wahlen für das 4. Unionsparlament nimmt die Entwicklung Indiens einen stürmischeren Verlauf. Die einigende Kraft des Kampfes gegen die britische Kolonialherrschaft hat sich verflüchtigt. Die Gründerväter der befreiten Nation, Gandhi und Nehru, sind nicht mehr, und die neuen Generationen und Klassen führen den weit schwierigeren Kampf, gegen sprengende Kräfte zusammenzuhalten, was bis 1947 geschaffen wurde. Anstelle der Kongresspartei, die vor 1967 auch in den Staaten der Union eine Mehrheit hatte, sind jetzt in 9 von 16 Staaten Oppositionsregierungen an die Macht gelangt, deren Sprecher, besonders was die Beziehungen zwischen Union und Einzelstaaten anbelangt, eine andere Sprache führen als ihre Vorgänger. Moskau-orientierte und Peking-orientierte kommunistische Parteien sind durch Minister in fünf von den neun oppositionellen Staatsregierungen vertreten. In Kerala im Süden Indiens und in Westbengalen haben nach Peking orientierte Kommunisten sogar die Posten des Premierministers oder im letzteren Fall seines Vertreters inne.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass von den 16 Staaten Indiens jeder, etwa wie die europäischen Nationen, ein besonderes sprachlich-geschichtliches und kulturelles Erbe vertritt. Dabei sind die Kompetenzen der Zentralregierung noch weit grösser als vergleichsweise die der amerikanischen Bundesregierung. Die indische Unionsregierung legiferiert auf allen möglichen Gebieten für die Staaten, sie kontrolliert die Finanzen, übt die Aufsicht über Wahlen und Verwaltung daselbst; das Rechtswesen ist Bundessache, die Zentralregierung kann auch, als Notmassnahme im Namen des

Präsidenten, die Regierung eines Staates übernehmen (so geschehen in Kerala 1959).

In seltsamem Gegensatz dazu bildet jeder Staat einen selbständigen, von der Unionsregierung unabhängigen Ernährungsbezirk. Einige Staaten weisen ständige Defizite der Nahrungsproduktion auf, während andere in der Regel sich selbst versorgen oder einen Überschuss erzeugen. Die Zentralregierung hat jedoch nicht die Kompetenz, in Fällen von Hungersnot die Überschüsse für die Hungergebiete zu beschlagnahmen. Sie muss sich aufs Betteln verlegen. Angesichts der Ohnmacht der Unionsregierung auf einem Verwaltungssektor, der in Indien die Wahlen besonders beeinflusst, ist es nicht verwunderlich, dass in einigen Bundesstaaten die parlamentarische Mehrheit der Kongresspartei verlorenging.

Ein Problem im politischen Leben Indiens, das seit dem Sturz der Kongressregierungen in den neun Bundesstaaten grosse Schwierigkeiten verursacht, ist das Gleichgewicht zwischen den Forderungen sozialer Gerechtigkeit und der Notwendigkeit, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Eine Art direkter Aktion, Gheraos (Einkreisung) genannt, besteht darin, dass sozial Benachteiligte, Gewerkschafter zum Beispiel, das Heim, das Büro oder auch das Auto eines zuständigen Beamten einkreisen, um ihn dann zu «überreden», eine oder mehrere ihrer Forderungen zu bewilligen. Einen Monat nachdem in Bengalen die Oppositionsregierung an die Macht gekommen war, instruierte sie die Polizei, ohne strikte Weisung des Arbeitsministers, des Mao-Kommunisten Subodh Banerjee, nicht gegen diese Gheraos einzuschreiten. Seither haben Arbeitskonflikte in Kalkutta gewaltig zugenommen. Gheraos sind ansteckend, sie haben sich nach Uttar Pradesh und sogar bis Bombay ausgebreitet. Neben Studentenunruhen stellen sie eine indische Abart der chinesischen Roten Garden dar, die darauf aus sind, die Autorität der Regierung oder die Unbeweglichkeit des bureaukratischen Apparates, im Namen sozialer Gerechtigkeit, durch spontanen Druck von unten, zu erschüttern. Was die Gheraos von den Roten Garden unterscheidet, sind die konkreten Forderungen ihrer Teilnehmer – die Abstellung von Missbräuchen, bessere Ausbildungsmöglichkeiten usw., während die Rote Garden-Bewegung eher ideologischer Natur ist.

Die Gheraos bilden auch einen Teil der Kampagne gegen die Korruption, die in Indien solange blühen konnte als keine praktische Möglichkeit bestand, die Regierungen der Staaten und besonders allmächtige Kongresspartei-Bonzen zu stürzen. Dies wird nun ausgiebig besorgt von jungen Wählern – in der Mehrzahl Studenten, Arbeiter, untere Beamte und Frauen. Die Studenten waren es, die an einer Massenversammlung im Staate Orissa die neuen Minister warnten, entweder seien sie für eine Besserung der Verhältnisse innerhalb von sechs Monaten besorgt, oder die neue Regierung werde gestürzt.

Zum Bild dieser Verjüngung und Radikalisierung der politischen Kader gehört die Forderung nach einfacher Lebensführung in den oberen Rängen. Auch Minister befleissigen sich einer einfachen Lebenshaltung, wohnen in

Mietappartements, und luxuriöse Autos verschwinden aus dem Strassenbild.

Eine nachteilige Folge für die Einheit Indiens ist das zunehmende Übergewicht der regionalen Sprachen und Literaturen. Zwar besteht seit Dezember 1967 ein Gesetz, das das Englische neben Hindustani als offizielle Sprache beibehält, bis die nicht Hindustani sprechenden Staaten bereit sind, Englisch aufzugeben. Bedenklich ist, dass Englisch- und Klassenprivileg in den Augen der aufsteigenden Schichten identisch sind. So ist noch ganz unsicher, was für ein modus vivendi in der Sprachenfrage gefunden werden kann. Das Sprachenproblem wird weiter durch die Rassen- und regionalen Gegensätze verschärft. Inder aus Kerala, dem Staat mit dem geringsten Prozentsatz von Analphabeten, besetzen z. B. eine grosse Zahl von Stellen in Bengalen, so dass die Bengali weniger als die Hälfte der Bevölkerung von Kalkutta stellen. Daher Plakate «Süd-Inder geht heim». In anderen Landesteilen lauten die Aufschriften anders – aber das Prinzip-Hass gegen andere Sprachen oder Rassen, aber auch gegen deren politische Ansichten, ist dasselbe.

Eine Folge der Bildung oppositioneller Regierungen in verschiedenen Staaten ist ein Rückgang der von der Kongresspartei unterstützten Gewerkschaften, und der Sturz einzelner bekannter Arbeiterführer ist ein Zeichen, dass die Gunst der Arbeiter sich den Führern zuwendet, die sich mehr um die offensichtlichen Ungerechtigkeiten kümmern, als um die wirtschaftlichen Vorteile des Arbeitsfriedens.

Beobachter der indischen Verhältnisse sind der Ansicht, das schlechte Abschneiden der Kongresspartei habe die Möglichkeiten der Zentralregierung, eine Politik auf lange Sicht zu führen, geschmälert. Sie müsse zu sehr Rücksicht nehmen auf die dringenden Tagesforderungen des Beamtenheeres und der Studenten. Es kann nicht bezweifelt werden, dass im Westen die politische Entwicklung lange hinter der wirtschaftlichen Expansion zurückblieb, während das Gegenteil für Indien gilt, so dass politische Forderungen weit ergiebiger spriessen, als die Möglichkeit sie zu befriedigen vorhanden ist. Die Kongresspartei war in der Lage, den Widerspruch zwischen Politik und wirtschaftlicher Entwicklung durch ihre starke Mehrheit gegen die Kritik in Schutz zu nehmen, und unterliess es in der Vergangenheit ohne Zweifel, sich vieler Probleme anzunehmen, die sie heute bedrängen. Heute ist die Opposition im Stande, sich Gehör zu verschaffen, wenn nötig durch einen gewissen Druck auf die schwachen Stellen des gouvernementalen Apparates.

Eines von den Mitteln, Persönlichkeiten oder Massnahmen in den Augen des Volkes herabzusetzen, ist die Behauptung, sie seien im Solde der CIA, der amerikanischen Spionage-Organisation, für welche ernste Verdächtigung sich die USA ruhig bei der berüchtigten Central Intelligence Agency mit ihrer die ganze Welt umspannenden Tätigkeit bedanken können. Wo die CIA nicht im Spiele sein kann, wird auch schon Freundschaft mit Amerikanern oder Sympathie für ihre Anschauungen und way of life zum politischen Risiko, mindestens in Delhi und Kalkutta.

Die Einheit und Wirksamkeit der politischen Führung Indiens – dies

haben die Wahlen von 1967 gezeigt – kann sich nicht länger einseitig auf den Englisch sprechenden Mittelstand stützen. Die neue Einheit muss mit Hilfe von volkstümlicheren und regional verhafteten Volksschichten geschaffen werden. Es wird nicht zu vermeiden sein, dass auch Indien einer gewissen Engherzigkeit und geistigen Inzucht, die in ehemaligen Kolonialländern oft mit dem Wachstum politischer Demokratie einhergehen, nicht ausweichen kann.

Nach dem Artikel: «New Era for India: The Fourth General Election» von Lloyd Rudolph und Susanne Rudolph. Bulletin of the Atomic Scientists, Februar 1968.

Die Tragödie Afrikas

Von Ralph E. Dodge
vertriebener Bischof der Methodistenkirche in Rhodesien
Aus The Christian Century, Chicago — 1. November 1967

I. Das verlorene Erbteil

Wir müssen die bittere Wahrheit erkennen: Die 30 Millionen Afrikaner, die unter einer Minderheitsregierung im südlichen Teil des Kontinents leiden, haben ihren Glauben an Amerika und an den Westen als Gesamtheit verloren. Ein Gefühl pessimistischen Realimus, das an Verzweiflung grenzt, gewinnt die Herrschaft bei den kämpfenden afrikanischen nationalistischen Anführern und ihren Leuten.

Hier in Kitwe, in Zambia, habe ich gerade an einem Seminar über Apartheid, rassische Diskriminierung und Kolonialismus in Südafrika teilgenommen, das von den Vereinten Nationen gefördert worden war. Was ich sowohl in den Sitzungen als auch in Gesprächen ausserhalb der Versammlungsräume gehört habe, hat mich erschüttert. Wenn sich nicht Rhodesien und Südwestafrika in Beachtung der Resolution der Vereinten Nationen im Jahre 1967 spürbar einer Mehrheitsregierung zuwenden, dann werden die Würfel gefallen sein. Der Westen, besonders die Vereinigten Staaten und Grossbritannien, werden die Vorwürfe zu tragen haben, dass sie ihre Blutsverwandten und Gesinnungsgenossen und lukrativen Unternehmen über dies Recht und über die Vernunft gestellt haben.

Im allgemeinen sind Afrikaner ein friedliebendes Volk. Wenn aber ihre Freundschaft zurückgewiesen wird, ihre Friedensliebe zugunsten des Gewinnes anderer ausgebeutet wird und ihre grosse Geduld schliesslich erschöpft ist, dann werden solche Leute kämpferische, hingegebene und besessene Krieger für eine gerechte Sache. Die Zurückhaltung, die sie sich während der Jahre der Herrschaft anderer und der Unterdrückung auferlegen mussten, gibt ihnen verstärkte Nahrung in der dunklen Nacht des entscheidenden Kampfes. Und dass *sie schliesslich den Kampf gewinnen werden,* wird sowohl von den Schwarzen als auch von den Weissen in Afrika und in der ganzen Welt zugegeben.

Die fortgesetzte Ausübung der Herrschaft durch weisse Minderheitsregierungen, die vom Westen unterstützt weden, legt die *Grundlage für*